



Newsletter

Dezember 2018

Liebe Leserin, lieber Leser!

Die letzte Plenarwoche dieses Jahres war überschattet vom Terroranschlag auf dem Straßburger Weihnachtsmarkt. An dem Abend war das Parlament lange geschlossen, die Abgeordneten wurden im Plenarsaal versammelt und nach vielen Stunden nach draußen gebracht. Ich war mit Besuchern im Zentrum, dazu mehr im Newsletter. Unser Sonderausschuss zur Bekämpfung des Terrorismus gab in der Woche seinen Abschlussbericht, in dem mehr und bessere grenzüberschreitende Zusammenarbeit gefordert wird.

Theresa May hat die Abstimmung zur Brexit-Vereinbarung verschoben, niemand kann zur Zeit sagen, wie es weitergeht mit der EU und dem Vereinigten Königreich. In der letzten Woche gab es gleich zwei 70-Jahr-Feiern: international zum Bestehen der Menschenrechtscharta, in Deutschland zum „Geburtstag“ der Freien Demokraten. Und im Europaparlament gab und gibt es stundenlange Trilogsitzungen, um Gesetze noch in dieser Legislaturperiode fertig zu verhandeln. Ich konnte „mein“ Gesetz zur ordnungsgemäßen Abgabe von Schiffsmüll in Häfen erfolgreich abschließen.

Das Europaparlament hat sich in die Weihnachtspause verabschiedet. Mir gibt das Gelegenheit, Liegendebliebenes aufzuarbeiten und mich mit meiner Familie auf das Weihnachtsfest vorzubereiten.

Ich wünsche Ihnen und Ihrer Familie friedliche harmonische Feiertage und dann einen guten Start in das Jahr 2019!

Inhalt

I. Aktuelle Plenarbeschlüsse und Diskussionen

Lars Løkke Rasmussen zur Zukunft Europas	<i>Seite 3</i>
Zyprischer Präsident Nicos Anastasiades zur Zukunft Europas	<i>Seite 3</i>
Vergabe des Sacharow-Preises	<i>Seite 4</i>
Horizont Europa: wir brauchen eine Mission ‚Healthy Ocean‘	<i>Seite 4</i>

II. Aktuelles: Ausschussarbeit und Veranstaltungen in Brüssel und Straßburg

Abgabe von Schiffsmüll in Häfen (Berichterstatte(r)in)	<i>Seite 6</i>
Tiertransporte (ALDE Berichterstatte(r)in)	<i>Seite 7</i>
SEARICA: Plastik und Biodiversität im Mittelmeer	<i>Seite 7</i>
Konferenz zu Forschung und Innovation in unserem täglichen Leben	<i>Seite 8</i>
Auswirkungen eines „No-Deal Brexit“ im Verkehrs- und Tourismussektor	<i>Seite 8</i>
Terrorismus vor dem Hintergrund des 70. Jahrestages der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte	<i>Seite 9</i>

III. Aus Deutschland und aller Welt

Berlin: Bundesfachausschüsse	<i>Seite 11</i>
Europäische Weihnachtsbräuche	<i>Seite 11</i>

IV. Terminvorschau

I. Aktuelle Plenarbeschlüsse und Diskussionen

Lars Løkke Rasmussen zur Zukunft Europas

In der Debatte um die Zukunft Europas hatte am 28. November während des „Miniplenums“ der liberale dänische Ministerpräsident Lars Løkke Rasmussen die Möglichkeit, seine Vorstellung zu präsentieren. Er bezeichnete Dänemark als einen der proeuropäischsten Staaten Europas. Dänemark habe viele wichtige europäische Verträge umgesetzt. Allerdings ist Dänemark auch dafür bekannt, den Vertrag von Maastricht im Jahr 2015 abgelehnt zu haben, und die Dänen haben sich geweigert, den Euro als Einheitswährung einzuführen. Nichtsdestotrotz ist Europa ein alltäglicher Teil der dänischen Gesellschaft, auch weil alle europäischen Reformen durch öffentliche Debatten und mit öffentlichem Diskurs besprochen werden.

Dänemark profitiert sehr vom europäischen Binnenmarkt. Trotzdem gibt es Grenzen zur Freizügigkeit des Binnenmarktes und Rasmussen rief zu strengeren Regeln auf. Vor allem die Initiative der Kommission zur Vereinheitlichung des Arbeitslosengeldes in Europa sei katastrophal für Dänemark. Alle skandinavischen Länder haben nämlich im Vergleich zum Durchschnitt Europas ein sehr hohes soziales Wohlfahrtsystem mit Schutzmechanismen vom ersten Arbeitstag an, gedacht vor allem zum Schutz der einheimischen Bevölkerung.

Trotz dieser grundlegenden Unterschiede lobt Rasmussen die Zusammenarbeit in Europa, wovon auch Dänemark profitiert. Bei Migrationspolitik, Klimawandel und Digitalisierung fordert er einen gemeinsamen Ansatz und mehr Zusammenarbeit in Europa: „Wir können alles gemeinsam am besten lösen“.

Beim Thema Migration sprach er sich für bessere Lebensbedingungen in Afrika aus, um die Fluchtursache zu bekämpfen, aber auch für die bessere Sicherung der EU-Außengrenze. Zum Thema Klimapolitik unterstrich er, dass Dänemark als starker Befürworter der Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen seine erneuerbaren Energiequellen bereits verdreifacht hat.

Rasmussens deutliche Forderung nach Reformen der Europäischen Union bei gleichzeitig verstärktem Zusammenwachsen zeigen meiner Meinung nach den Weg, den Europa gehen muss. Er äußerte die Ansicht, dass Reform und Wandel der Europäischen Institutionen entschieden besser sind für die europäischen Bürger und die Welt als der Versuch von Rechtspopulisten, Europa aufzuteilen oder gar zu desintegrieren. Unser Alde-Fraktionsvorsitzender Guy Verhofstadt lobte die Vision des liberalen dänischen Premiers.

Zyprischer Präsident Nicos Anastasiades zur Zukunft Europas

Auch der Zyprische Präsident sprach im Europäischen Parlament über die Zukunft Europas. Am Morgen nach dem Anschlag in der Straßburger Innenstadt verurteilte er die Tat aufs Schärfste und gedachte der Opfer und deren Familien.

Zypern trat 2004 der EU bei. Für das Land war dieser Schritt ein Meilenstein, um Stabilität und Wohlstand zu fördern. Der Präsident stellte vier Fragen, an denen sich die EU für die Zukunft orientieren sollte: Was für ein Europa wollen wir? Was muss getan werden, um Europa zu verbessern? Was sind die Ursachen des Populismus und wie gehen wir damit um? Wie geht Europa mit den Ungleichheiten innerhalb der EU um? Vor allem mit dem bevorstehenden Brexit muss die EU klare Antworten auf diese Fragen finden, um ein Scheitern zu verhindern.

Ein großes Thema seiner Ansprache war die Wirtschaftskrise, mit der Zypern seit 2013 zu kämpfen hatte. Als Präsident gelang es ihm, sein Land durch die Krise zu führen. Er verpflichtete sich, grundlegende Reformen durchzuführen, die den wirtschaftlichen Wiederaufbau ermöglichten. Erfolge traten sogar früher ein als erwartet und waren deutlich spürbar: Zypern erlebte den höchsten Rückgang an Arbeitslosigkeit, und eine positive Wachstumsrate von knapp 4% konnte festgestellt werden. Zypern trat auch internationalen Märkten wieder bei und der Präsident berichtete von einem Überschuss im Staatshaushalt.

Der Konflikt zwischen türkischen und griechischen Zyprioten wurde auch thematisiert. Nach Jahren des Konfliktes sind mittlerweile gute Kontakte zwischen dem Norden und dem Süden entstanden, wodurch auch die Wirtschaftskrise überwunden werden konnte. Nichtsdestotrotz wird die Türkei dafür kritisiert, sich von der EU zu entfernen und grundlegende Menschenrechte außer Acht zu lassen. Der spanische ALDE Abgeordnete Javier Nart betonte, dass Zypern nicht in zwei Gemeinschaften geteilt werden sollte, sondern als ein Land geeint sein muss.

Vergabe des Sacharow-Preises

Durch die jährliche Verleihung des Sacharow-Preises will das europäische Parlament das Bewusstsein für Verletzungen von Menschenrechten, Presse- und Meinungsfreiheit fördern. Geehrt wird jeweils der im Europaparlament favorisierte Vorschlag einer oder mehrere Personen, die sich weltweit für diese Werte einsetzen, oft unter Gefahr der Inhaftierung oder sogar mit Einsatz ihres Lebens. Dieses Jahr ging der Preis an Oleg Sentsov. Der Ukrainische Regisseur erhielt den Preis für seine Unterstützung in der humanitären Hilfe für ukrainische Demonstranten 2014. Auch zum Ende der Revolution mit dem Exil von Janukowitsch unterstützte er den Widerstand gegen die russische Besetzung der Krim und wurde am 11. Mai 2014 dafür verhaftet. Seitdem leidet er unter verschiedenen Formen der Folter, falschen Anschuldigungen wegen Terrorismus und Unterdrückung durch russische Gerichte und Behörden und wurde letztendlich zu 20 Jahren Gefängnis in Sibirien verurteilt.

Trotz seiner Unterdrückung und trotz aller Widrigkeiten setzt er sich dennoch weiter für Redefreiheit und die Freiheit der ukrainischen Bevölkerung ein. Im Mai 2018 trat er im Gefängnis in den Hungerstreik, um die Welt auf die Lage politischer Gefangener und russischer Dissidenten aufmerksam zu machen. Obwohl er seinen Streik aus gesundheitlichen Gründen aufgeben musste, hat seine Aktion dazu geführt, dass die ganze Welt auf die Ukraine und die Aggression von Russland blickt.

Meinungsfreiheit, Rede- und Pressefreiheit bilden die Basis einer starken und gesunden Demokratie. In immer mehr Fällen in Europa und der Welt werden Journalisten und Dissidenten dauerhaft unterdrückt und Repressalien ausgesetzt. Darum setzt die Verleihung dieses Preises an Oleg Sentsov ein starkes Signal für Redefreiheit und Menschenrechte.

Horizont Europa: wir brauchen eine Mission ‚Healthy Ocean‘

In der Dezember-Plenarwoche haben wir die Parlamentsposition zu Horizont Europa verabschiedet. Als Nachfolgeprogramm von Horizont 2020 soll Horizont Europa europäische Forschungs- und Innovationsprojekte für den Zeitraum von 2021 bis 2027 finanzieren, und zwar nach Vorschlag der Kommission mit höherem Budget als bisher.

Die klare Zustimmung des Parlaments sendet ein starkes Signal an die Mitgliedstaaten. Wir fordern sogar einen Anstieg der Ausgaben für Forschung und Innovation auf 120 Milliarden € statt der von der Kommission vorgeschlagenen 100 Milliarden. Forschung und Innovation sind das Herzstück der Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen und der Schlüssel, um Herausforderungen der Zukunft zu meistern. Statt auf nationale Einzelinteressen muss das EU-Budget der Zukunft noch stärker auf den europäischen Mehrwert der Ausgaben achten.

Die Liberale Fraktion hat sich dabei vor allem dafür eingesetzt, dass Horizont Europa weiterhin auf Exzellenz als Auswahlkriterium setzt und auch für Partner offenbleibt, die nicht aus EU-Mitgliedstaaten kommen. Forschung soll weder eine neue Kohäsionspolitik werden noch darf sie an den Grenzen der EU enden.

Als Sondergesandte des Präsidenten des Europäischen Parlaments für Meerespolitik hätte ich mir allerdings einen stärkeren Fokus auf maritime Forschung gewünscht, entsprechende Anträge hatte ich auch eingereicht. Die Meere und Ozeane sind unsere Zukunft und gerade Deutschland hat exzellente Forschungsinstitute. Mit Blick auf die anstehenden Trilogverhandlungen zwischen der Kommission, dem Europäischen Parlament und dem Europäischen Rat setze ich mich jetzt dafür ein, dass die „Mission: Healthy Ocean“ beschlossen wird, die sich Themen wie den Auswirkungen des Klimawandels auf die Meere und der Verschmutzung durch Plastik widmet.

Da die Finanzierung des Programms allerdings vom Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) abhängt, ist noch nicht klar, ob die im Januar beginnenden Verhandlungen noch vor der Europawahl im Mai abgeschlossen werden können.

II. Aktuelles: Ausschussarbeit und Veranstaltungen in Brüssel und Straßburg

Abgabe von Schiffsmüll in Häfen (Berichterstatte

Auch wenn wir nach der kurzen Nacht nach den Straßburger Anschlägen alle hundemüde waren, haben wir wie geplant unsere letzte Trilogsitzung durchgezogen. Die Verhandlungen, die ich als Berichterstatterin mit der Kommission und der österreichischen Ratspräsidentschaft geleitet habe, begannen um 15.00 und zogen sich mit kleinen Unterbrechungen bis 22.00 hin. Doch am Ende konnten wir auf eine Einigung für die neue Richtlinie zur Abgabe von Schiffsmüll in Häfen anstoßen. Das Verhandlungsergebnis muss nun noch von Parlament und Ministerrat offiziell bestätigt werden. Aber das ist meist nur eine Formalie.

Wir konnten in letzter Minute noch einige Punkte durchsetzen, die der Rat seit Wochen blockiert hat, auch wenn am Ende teilweise nur „Kann-Bestimmungen“ herauskamen. So „können“ Häfen zum Beispiel finanzielle Anreize setzen, um Reeder zu ermuntern, besonders klebrige Rückstände in ihren Laderäumen wie Paraffin ordnungsgemäß im Häfen auswaschen zu lassen. Hier werden die internationalen Regeln der IMO (internationale Maritime Organisation) zwar im nächsten Jahr restriktiver, aber in bestimmten Gewässern wird es weiterhin möglich sein, dass die Tanks auf See ausgespült werden und die klebrigen Klumpen dann an unseren Stränden landen. Bei Inspektion von kleineren Schiffen unter 300 gt „können“ sich die Mitgliedstaaten an das europäische Überwachungssystem halten oder ihr eigenes System aufstellen. Eine verpflichtende Bestimmung haben wir allerdings auch noch reinverhandeln können. Schiffen, die sich durch ein besonders umweltfreundliches Müllmanagement an Bord auszeichnen, „müssen“ die Häfen eine reduzierte Müllgebühr gewähren.

Insgesamt können wir mit dem Ergebnis sehr zufrieden sein. Wenn in Zukunft jedes Schiff automatisch beim Einlaufen in den Hafen für die Müllentsorgung zahlen muss, gibt es keinen finanziellen Anreiz mehr, Müll ins Meer zu kippen. Schiffe müssen zukünftig auch an jedem Hafen ihren Müll abgeben, es sei denn, sie können genügend geeigneten Lagerraum für Abfall und Abwasser an Bord nachweisen. Schätzungen zufolge wird zwar ein Großteil des Plastikmülls über Flüsse und Küstenstreifen ins Meer gespült. Aber auch jedes Schiff, egal ob Fähre, Handelsschiff, Fischerboot oder kleine Yacht muss dazu beitragen, die Meere müllfrei zu halten.

Wichtig ist auch, dass Fischer, in deren Netzen Müll als Beifang landet, diesen Müll kostenfrei am Hafen abgeben können, statt ihn wieder über Bord zu werfen. Deswegen rufen wir die Mitgliedstaaten auf, sogenannte 'Fishing for Litter' Programme aufzulegen, aus denen die Entsorgung von gefischtem Müll finanziert wird – einige Länder praktizieren das bereits mit Erfolg. Der Rat hat sich allerdings gegen eine verpflichtende Einführung dieser Programme gesträubt.

Dafür hat das Parlament eine Revisionsklausel für Richtlinie 2005/35/EG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES vom 7. September 2005 über die Meeresverschmutzung durch Schiffe und die Einführung von Sanktionen für Verstöße durchgesetzt, die dringend an die aktuellen internationalen IMO Standards angepasst werden muss. Außerdem liefert diese Richtlinie die nötigen Instrumente, um auf See zu überwachen, ob unerlaubte Substanzen und Abfälle von Schiffen ins Meer geleitet werden.

Tiertransporte (ALDE-Berichterstatlerin)

Im Verkehrsausschuss bin ich Schattenberichterstatlerin für eine Stellungnahme zur Umsetzung einer Verordnung, die seit 2005 gilt. Darin sollen vernünftige Bedingungen für Tiertransporte garantiert werden, vor allem für Transporte zu Schlachthäusern. Immer wieder gibt es allerdings Berichte über unerträgliche Zustände bei diesen Transporten von Schlachtvieh. Trotz verbesserter Vorschriften für Fahrzeuge und tierärztliche Untersuchungen bestehen in der EU nach wie vor erhebliche Lücken im System, die das Durchsetzen der Vorschriften und Sanktionen für Misshandlungen behindern. Viele plädieren daher für eine neue Verordnung mit strengeren Regeln. Dabei liegt die Ursache vielmehr bei den Mitgliedstaaten, die das Gesetz aus dem Jahre 2005 nicht richtig umsetzen und zudem die volle Autonomie bekamen, ihr eigenes Sanktionssystem einzuführen, was nicht überall funktioniert.

Tierschutzorganisationen fordern ein Verbot für den Transport von lebenden Tieren außerhalb Europas, da man dort die EU-Regeln nicht mehr garantieren kann. Auch soll die Transportdauer laut des grünen Berichterstatters auf maximal acht Stunden begrenzt werden und auf vier Stunden für Schlachtvieh. Wichtiger als die Dauer des Transports ist für mich allerdings die tiergerechte Ausstattung der Fahrzeuge und die Versorgung der Tiere unterwegs, das bestätigen auch die Tierärzte. Das Ein- und Aussteigen verursacht für die Tiere nämlich den meisten Stress. Die Stundenbegrenzung scheint aber nicht immer umsetzbar. Tiere, die aus Zuchtzwecken oder für Wettbewerbe transportiert werden, sind sehr teuer und werden ohnehin die bestmögliche und schonendste Beförderung bekommen, obwohl auch diese Transporte lange dauern können. Bei Schlachtvieh ist eine Stundenbegrenzung wünschenswert, doch vier Stunden reichen gerade in Flächenländern wie Bayern oft nicht aus, da es nicht überall Schlachthöfe gibt. Der Tiertransporter muss ja meist mehrere teilweise kleine Höfe anfahren, um dort einzelne Tiere einzuladen. Fahrten und Ladevorgänge kosten gerade in entlegenen Gebieten Zeit. Fazit: noch wichtiger als die Dauer ist die Qualität der Transportfahrzeuge.

SEARICA: Plastik und Biodiversität im Mittelmeer

In den letzten zwei Wochen hatte ich gleich zwei Veranstaltungen meiner Meeresgruppe SEARICA (www.searica.eu). Beide Male ging es ums Mittelmeer, ein Mal um Plastikverschmutzung, das andere Mal um Biodiversität.

Für die erste Konferenz sind sogar Abgeordnete und Minister aus nordafrikanischen Staaten angereist. Das war schon etwas Besonderes, zeigt aber auch die Bedeutung des Themas für den gesamten Mittelmeerraum. Das Plastikproblem ist nordafrikanischen Ländern durchaus bewusst und es werden auch vor Ort Aufräumaktionen organisiert. Nichtsdestotrotz haben diese Länder noch mit anderen Problemen zu kämpfen, die die Reduzierung des Plastikkonsums erschweren. So erklärte eine Abgeordnete aus dem marokkanischen Parlament, dass ein Plastikverbot ja Konsequenzen für die Plastikindustrie als wichtiger Arbeitgeber hat. In einem Land mit hoher Jugendarbeitslosigkeit und einer schwachen Wirtschaft ist es nicht förderlich, einen großen Industriezweig einzuschränken. Nichtsdestotrotz hat Marokko Plastiktüten ab 2016 verboten. Der Repräsentant aus dem Libanon erzählte, dass sein Land mit der Flüchtlingskrise kämpft und seitdem die Müllberge um 15% gestiegen sind. Zudem fehlen den Ländern oft die finanziellen Ressourcen oder Infrastrukturen, um den Müll ordentlich zu sammeln und zu entsorgen. In Ägypten wird deshalb der Müll vom „informellen“ Sektor gesammelt. Es wäre allerdings auch wirtschaftlich besser, diesen Sektor besser zu organisieren und zu koordinieren. Auch Ägypten plant, Plastiktüten zu verbieten.

In der zweiten Veranstaltung ging es geografisch auch um das Mittelmeer, aber dieses Mal um den Schutz der Biodiversität. Das Mittelmeer bedeckt zwar weniger als 1% der Erdoberfläche, ist aber außerordentlich divers und das Zuhause von vielen Arten, die nur im Mittelmeer vorkommen. Aus

diesem Grund wird das Mittelmeer oft „biodiversity hotspot“ genannt, um zu verdeutlichen, wie einzigartig die Artenvielfalt ist. Gleichzeitig ist das Mittelmeer extremen Einflüssen ausgesetzt. In Marokko leben 61% der Bevölkerung entlang der Küste. Die Anrainerstaaten des Mittelmeers sind beliebte Urlaubsziele, sodass der ökologische Zustand des Mittelmeers deutlich gelitten hat in den letzten Jahren, auch durch massiven Anstieg der Müllberge gerade in der Saison durch Touristenströme. Deshalb haben sich einige Mittelmeerstaaten zu einer Gemeinschaft zum Schutz der Biodiversität im Mittelmeer zusammengetan, um gegen die Verschlechterung des Umweltzustandes anzukämpfen. Am Ende der Konferenz wurde eine Einigung unterschrieben, in der sich die Staaten dazu verpflichten, das Mittelmeer besser zu schützen. Besonderer Wert wurde hierbei auf Meeresschutzgebiete und den Schutz von Fischbeständen gelegt.

Konferenz zu Forschung und Innovation in unserem täglichen Leben

Am 27. November war ich Sprecherin auf einer hochrangigen Konferenz im Brüsseler Plenarsaal zum Thema "Forschung und Innovation in unserem täglichen Leben". Natürlich nutzte ich die Gelegenheit, für eine nachhaltige Nutzung der Ozeane und dafür nötige Forschungsmittel zu werben.

Das Plastikproblem ist mittlerweile ja so bekannt, dass sich ein großer Teil der Forschung und Innovationen auf dieses Thema konzentriert. Denn es gibt noch viele offene Fragen: Wie genau verhält sich Plastik im Meer? Wie reichert sich Plastik in der Nahrungskette an? Kann Plastik in Zellen eindringen? Einige Projekte, die versuchen Antworten auf diese Fragen zu geben, wurden vorgestellt. Eines davon war PLASTOX: Dieses Projekt untersucht die Einflüsse von Mikroplastik auf den menschlichen Organismus, die Nahrungskette und die Umwelt.

Auch beim Thema biologisch abbaubarem Plastik gehen die Meinungen auseinander. Fest steht, dass Bioplastik in der jetzigen Form nicht im Meer abbaubar ist. Aus diesem Grunde müssen wir Forschung und Innovationen fördern, damit alternative Ressourcen zur Plastikherstellung genutzt werden können.

Ich war beeindruckt von den Beispielen über die Wiederverwendung von recyceltem Plastikmüll aus dem Meer zu Fasern und dann einer eigenen Produktionslinie für Kleidung für alle Altersklassen. Spannend war auch die Vorstellung eines nachhaltigen Fährschiffes. Das Meer bietet enorme Möglichkeiten für umweltfreundliche Produkte, beispielsweise auch Algen als Rohstoff für Plastikersatz. Umso wichtiger ist es, die Forschungsmittel aufzustocken, auch für eine „Mission: saubere Ozeane.“

Auswirkungen eines „No-Deal Brexit“ im Verkehrs- und Tourismussektor

Man braucht eigentlich keine Studie, um zu ahnen, dass der Brexit schwerwiegende Folgen für die Verkehrsverbindungen zum Vereinigten Königreich haben wird. Großbritannien ist eng in die europäischen Verkehrs- und Tourismusnetze, -verträge, -gesetze und -vereinbarungen eingebettet, so dass die Folgen eines „No-Deal-Brexits“ katastrophal sowohl für Europa als auch für Großbritannien wären. Das ist das Ergebnis der Studie, die uns Anfang Dezember im Transportausschuss präsentiert wurde.

Alle Verkehrsvereinbarungen mit Ausnahme von Eisenbahn und konventionellen Autobahnen müssten neu verhandelt werden. Dies ist ein Prozess, der Monate, wenn nicht Jahre dauern kann. Während dieser Zeit müsste Europa alle Flüge von und nach Großbritannien stoppen, die gesamte Schifffahrt in britischen Gewässern aussetzen und neue Grenzkontrollen und Besteuerung des grenzüberschreitenden Verkehrs auflegen. In Anbetracht der Tatsache, dass das Vereinigte Königreich

14% des europäischen BIP ausmacht und mehr als 50 Millionen Briten im Jahr geschäftlich oder privat in die Europäische Union reisen, hätte das nicht nur Konsequenzen für unseren Handel, sondern auch für den Tourismus. Es wurden allerdings schon einige Vorbereitungen eingeleitet. Die Häfen sowohl im Vereinigten Königreich als auch auf dem europäischen Festland haben bereits private Vereinbarungen untereinander und mit den nationalen Regierungen getroffen. Gleichzeitig wird Großbritannien bei Luft- und Schifffahrt auch weiterhin die internationalen Standards der Vereinten Nationen einhalten, an die sich auch die Europäische Union hält. Auf dieser gemeinsamen Grundlage könnte man neue Verkehrsbeziehungen aushandeln.

Es versteht sich jedoch von selbst, dass ein „No-Deal“ das bei weitem ungünstigste Ergebnis des Brexits wäre. Es versteht sich ebenso, dass die Europäische Union und das Vereinigte Königreich in den kommenden Jahren so schnell wie es geht ein bestmögliches Ergebnis für beide Seiten verhandeln müssen. Ich habe immer behauptet (und gehofft), dass der Brexit wegen der vielen ungelösten Probleme wohl noch rückgängig gemacht wird, am besten durch ein zweites Referendum. Das jüngste Urteil des Europäischen Gerichtshofs, das besagt, dass Artikel 50 des Vertrags von Lissabon rückgängig gemacht werden kann, ist ein erster Schritt in diese Richtung. Es ist jedoch Sache von Theresa May und des britischen Unterhauses, da die übrigen europäischen Staats- und Regierungschefs eindeutig erklärt haben, dass der Brexit-Deal nicht neu verhandelt werden kann, egal wie viel politische Turbulenzen dadurch in Großbritannien ausgelöst werden. Doch es ist klar, einen No-Deal, wünscht sich niemand.

Terrorismus vor dem Hintergrund des 70. Jahrestages der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte

Wie Sie sicher alle in den Medien verfolgt haben, gab es am 11. Dezember in der Elsässischen Hauptstadt Straßburg einen Terroranschlag auf dem Weihnachtsmarkt, bei dem drei Menschen ums Leben kamen und viele verletzt wurden. Im Rahmen der Plenarwoche des Europäischen Parlaments war ich an dem Abend mit einer Besuchergruppe im Zentrum von Straßburg zum Abendessen, in unmittelbarer Nähe des Weihnachtsmarktes.

Dieser Terroranschlag traf Europa ins Herz. Straßburg ist nicht nur Sitz des Europäischen Parlaments, sondern auch eine Stadt, wo viele verschiedenen Kulturen und Religionen zusammenkommen, ein Beispiel für das friedliche europäische Zusammenleben. Dass der Anschlag an einem Tag nach dem 70. Jahrestag der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen stattgefunden hat, macht den Vorfall umso tragischer. Eine große Herausforderung in Europa ist die gemeinsame Bekämpfung des Terrorismus als Bedrohung unseres Alltags in Freiheit mit stabilen demokratischen Strukturen durch grenzüberschreitenden Informationsaustausch bei gleichzeitigem Schutz unserer Daten und der Privatsphäre.

Am 10. Dezember 1948 haben die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte unterzeichnet. Anlässlich des 70-jährigen Jubiläums veranstaltete das Europaparlament Ende November die Menschenrechtswoche. Ein hochrangiges Panel mit den Kommissaren Federica Mogherini und Michel Barnier erinnerte daran, welche Fortschritte seit 1948 erzielt worden sind. Zur Zeit der Ratifizierung gab es weltweit noch keine festliegenden Grundrechte. Meinungsfreiheit war nur eine Theorie, Verweigerung von Schutz und Asyl war alltäglich. Diese Erklärung hat seitdem zu einer wesentlichen Verbesserung des Lebensstandards und der Rechte der Bürger in Europa beigetragen. Redefreiheit und Menschenrechte sind zu zentralen europäischen Werten geworden, sowohl innerhalb der EU als auch in der Ausübung ihrer Außenpolitik.

Auch die diesjährige Vergabe des Sacharow-Preises für geistige Freiheit an den ukrainischen Filmemacher und Schriftsteller Oleg Sentzov, der in Sibirien inhaftiert ist und eine 20-jährige Haftstrafe

verbüßt, macht deutlich, dass wir weiterhin für Redefreiheit kämpfen müssen und sie niemals als selbstverständlich betrachten sollten.

Wiederkehrende Terroranschläge haben in Europa in den letzten Jahren für Verunsicherung gesorgt. Manche glauben, dass eine Verschärfung von Maßnahmen wie Vorratsdatenspeicherung eine schnelle Lösung gegen Terror und Kriminalität sei. Dabei besteht aber die Gefahr, dass Grundrechte Sicherheitsüberlegungen geopfert werden, ohne mehr bewirken zu können. Fluggastdatenspeicherung hätte keinen der bisherigen Terroranschläge verhindern können, da alle Attentäter auf dem Landweg unterwegs waren. Als Liberale bin ich fest davon überzeugt, dass es eine der Hauptaufgaben des Staates ist, die Freiheit und Grundrechte aller Bürger zu gewährleisten. Sicherheit erfordert nicht nur Gefahrenbekämpfung, sondern auch die Erhaltung unserer Rechte, unseres Pluralismus und unserer Redefreiheit. Der Anschlag in Straßburg macht deutlich, dass bessere Koordinierung und Zusammenarbeit von Geheimdiensten und Strafverfolgungsbehörden innerhalb der EU und konsequenteres Handeln bei Kenntnis von Gefährdern notwendig ist, um den Terror zu bekämpfen.

Aktuelle Gesetzgebung in meinen Ausschüssen in Kurzform

- **Im Trilog:**
Gemeinsame Vorschriften für den Erdgasbinnenmarkt, ACER, ENISA (Europäisches Programm zur industriellen Entwicklung im Verteidigungsbereich), CO2 für PKW und leichte Nutzfahrzeuge, CO2 für schwere Nutzfahrzeuge, Clean Vehicles, Gesetze zur Plastikstrategie
- **Demnächst im Trilog:**
HTA (Gesundheitstechnologien – ALDE-Berichterstatterin), Trinkwasserqualitäts-Richtlinie, 9. Forschungsrahmenprogramm, CEF (Europäische Infrastrukturförderung für Transport, Energie und Digitalisierung)
- **Im Ausschuss:**
Ergänzende Schutzzertifikate und Patentrechtliche Forschungsprivilegien - SPC Waiver (ALDE-Berichterstatterin), Mobility Package zum Straßengüterverkehr (Lenk- und Ruhezeiten - Schattenbericht, Entsendung, Maut, Kabotage), Clean Mobility Package (Kombinierter Verkehr, Öffnung des Fernbusmarktes), InvestEU, Programm 2021-2027, Maritime Single Window (elektronische Hafenfrachtpapiere – ALDE-Berichterstatterin)

III. Aus Deutschland und aller Welt

Berlin: Bundesfachausschüsse

Neben den insgesamt 39 Sitzungswochen pro Jahr – 12 in Straßburg, 27 in Brüssel – sind wir Europaabgeordnete natürlich auch immer mal wieder in Berlin, um uns bei bundesweiten Sitzungen mit den Kollegen aus Landtagen und Bundestag zu aktuellen Themen auszutauschen. Wir haben übrigens auch vom Bundestag gestellte Büroräume in Berlin, die wir dann nutzen, und alle MdEPs bekommen einen Hausausweis des Deutschen Bundestages. Alle sowohl im Bundestag als auch im Europaparlament vertretenen Parteien haben außerdem – je nach Wahlergebnis und Fraktionsstärke – einen oder mehrere Sitze im Europaausschuss des Bundestages. In der letzten Legislaturperiode von 2009 bis 2014 war ich daher neben der Arbeit im Europaparlament auch Mitglied eines Bundestagsausschusses, in dieser Wahlperiode nimmt mein Berliner Kollege Wolf Klinz diese Funktion wahr.

In den letzten Wochen habe ich an zwei FDP-Sitzungen im Berliner Reichstag teilgenommen: der bundesweiten Arbeitsgruppe der Sozialpolitiker und dem Bundesfachausschuss Internationale Politik und Europa. Mit den Sozialpolitikern gab es u.a. einen Austausch über die Widerspruchslösung bei der Organspende (in den Niederlanden seit langem gültige Rechtslage) und die Eingliederung von Menschen mit Behinderung in den Arbeitsmarkt, die sich nicht nur in anderen Mitgliedstaaten der EU, sondern auch bei uns schwierig gestaltet. Beim Bundesfachausschuss standen neben meinem Bericht aus dem Europaparlament aktuelle Themen wie die Ukraine und natürlich auch das Europawahlprogramm auf der Tagesordnung.

Europäische Weihnachtsbräuche

Wussten Sie schon, dass der Weihnachtsmann aus Nordfinnland stammt? Zumindest die Finnen sind fest davon überzeugt, jedes Jahr kommt daher ein Zug aus Nordfinnland und fährt unter großem Hallo im Bahnhof von Helsinki ein. Der Weihnachtsmann, der mit dem Schlitten durch die Luft fliegt und die Geschenke durch den Schornstein abwirft (wie in Frankreich und Großbritannien), ist Überlieferungen zu Folge eine „Kreuzung“ aus dem skandinavischen Jultomte, einem finsternen Wald-Gesellen aus vorchristlicher Mitwinter-Zeit, und dem heiligen Nikolaus von Myrha, der der Legende nach einer armen Familie einst durch den Schornstein Geld hat zukommen lassen, um den Kindern eine Zukunft zu ermöglichen. Der Tannenbaum ist eigentlich ein Heide, da in vorchristlicher Zeit Tannenzweige zur Abwehr böser Geister, die in rauen Wintertagen ihr Unwesen treiben, Häuser und Stallungen schmückten. Die Krippe dagegen stammt aus Italien: Franz von Assisi hat zum besseren Verständnis der Weihnachtsgeschichte einfach die in der Bibel beschriebenen Geschehnisse im Freien nachgespielt. Irgendwann hielten dann sowohl das Krippenspiel als auch der Weihnachtsbaum Einzug in die Kirchen, Baum und Krippe auch in die Wohnzimmer. In Spanien gibt es in der Vorweihnachtszeit die große Weihnachtslotterie „El Gordo“, die bis zur Auslosung der vielen Gewinne die Adventszeit übertönt. In Irland stellen Familien auf dem Land in der heiligen Nacht eine Kerze ins Fenster als Einladung für einsame Menschen draußen, herein zu kommen und gemeinsam zu singen und zu feiern. In Polen wird in manchen Familien in der Vorweihnachtszeit noch – wie im Mittelalter überall üblich – gefastet bzw. weniger gegessen, und Heiligabend gibt es dann „12 Kostbarkeiten“ und Extra-Futter fürs Vieh. Dies sind nur einige Beispiele, wie Europäer Advent und Weihnachten feiern. Auch hier haben wir in der EU also „Einheit in Vielfalt“ - feiern zu gleicher Zeit, aber mit sehr unterschiedlichen Bräuchen. Nur eins eint uns: „Stille Nacht“ wird überall gesungen, in allen Sprachen.

IV. Terminvorschau

19.12.	Hamburg	Maritime Gespräche beim Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie
7.-10.1.	Brüssel	Ausschüsse, Fraktion
10.1.	Hamburg	Neujahrsempfang Deutsche Meeresstiftung
11.-12.1.	Brüssel	Bundesfachausschuss Umwelt
14.-17.1.	Straßburg	Fraktion, Plenum
18.1.	Tornesch	FDP-Neujahrsempfang
19.1.	Gummersbach	Klausurtagung Liberale Frauen
20.1.	Hannover	FDP-Neujahrsempfang

17. Dezember 2018